Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214. | Dresden, Freitag den 15. September 1911. | 22. Jahrg.

Wider den Krieg.

Jena, 14. September.

Seit Wochen versucht man in der bürgerlichen Presse die die Schuldigen der Hunger- und Kriegspolitik verhängnis- den Wahlen durch nationales Geschrei zu dirigieren. In en Industriekontoren besoldete man das alldeutsche Getobe r sozialdemokratische Vaterlandslosigkeit, Hoch- und Landes- ret. Wir haben die Marokko-Parole, die man gegen uns nutzen versucht hat, aufgenommen und werden gerade auch ihr in den Wahlkampf ziehen. Hätte die deutsche Regie- ng nur eine Spur jenes Verantwortlichkeitsgefühls, das te in Jena das deutsche Proletariat durch den Mund ihres ssen und doch so lebensvollen Führers betätigte, sie würde ohne rüde Drohungen und tückische Gewaltmittel — die tung und das Vertrauen der ganzen Welt gewinnen. Und elementar hervortretende stürmische Zustimmung, die Bebel t all seinen Ausführungen auf dem Parteitag fand, bewies, ß er dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen hatte.

Bebel hatte sein Referat über die allgemeine politische ge geteilt. Heute sprach er nur über die Marokkofrage, eitag vormittag wird er das Referat über die Reichstags- hlen erstatten.

Die heutigen anderthalbstündigen Ausführungen Bebels, mit jugendlicher Frische und der ganzen leidenschaftlichen d besonnenen Kraft eines zugleich erfahrenen und thusiastischen Politikers vorgetragen wurden, waren ein nges weltpolitisches Programm der Sozialdemokratie. In- m er die dunklen und gefährlichen Wirrungen der deutschen arokkopolitik seit dem ersten französisch-englischen Abkommen rfolgte, zeigte er die klaren und einheitlichen Anschauungen r Sozialdemokratie. Alle kapitalistische Kolonialpolitik ist aub und Blut. Darum bekämpfen wir sie. Aber auch wir ürden eine menschliche und vernünftige Zivilisierung bilder und halbwilder Völkerschaften fördern wollen. Um Marokkos willen einen Weltkrieg zu wagen, wäre Wahn- inn und Verbrechen. Aber auch die Sozialdemokratie unter- tützt alle Bestrebungen der deutschen Regierung, durch friedliche Verständigung in Marokko Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit allen Völkern zu sichern. Die Sozial- emokratie lehnt sich mit allen Mitteln gegen die Kriegshetze uf, aber niemals hat sie sich auf Massen- und Kriegsstreik im Ausbruch eines Krieges festgelegt und alle derartigen nregungen schon seit dem Züricher Internationalen Kongreß achdrücklich zurückgewiesen. Nicht aus irgendeiner feigen ücksicht oder gar aus heuchlerischer Verhehlung, sondern aus der kenntnis der Wesensbedingungen eines modernen Krieges. it wenigen schlichten Sätzen ließ Bebel das erschütternde ld eines Krieges der Gegenwart vor den gebannt lauschen- n Hörern erstehen. Ein Krieg ist die Revolution aller rtschaftlichen Verhältnisse, 5—6[1], Millionen Männer werden den Waffen gerufen, ihre Familien verlieren den Ernährer, gibt nach einem Wort des Generals Häseler nicht Raum ug zur Bergung der Toten und Verwundeten, Handel und werbe stocken, die Finanzen werden zerrüttet, Vermögen en zugrunde, alle Lebensmittel werden unerschwinglich er, Hunger herrscht und Arbeitslosigkeit. In solcher it, rief Bebel mit erhobener Stimme aus, schreit das lt nicht nach Massenstreik, es schreit nach beit. In tiefer Erregung begleitete der Parteitag diese rte mit stürmischen Kundgebungen seiner Zustimmung.

Mit verächtlichem Hohn züchtigte Bebel die Rotte der egshetzer. Würden sie selbst wohl als Brigade: „Retter Vaterlands" voranmarschieren? Würden sie auch nur ihre llionen hergeben? Die Schreier von heute haben den Krieg 1870 nicht mehr erlebt, sie haben nicht den furchtbaren nter 1870-71 durchgemacht. Im Reichstag wird Herr von erlen Rede stehen müssen wegen der alldeutschen Ver- chungen, die er eingegangen; zur Unterstützung seiner egspolitik hatte sich ja ein ganzes Syndikat von Journa- n, Redakteuren, Parlamentariern gebildet. Dann kam Kaiser zurück, und die Stimmung schlug um. Dafür be- n eine wilde Kaiserhetze, wie in der Zeit Caprivis. Wil- m II. wurde förmlich mit einer Revolution bedroht, wenn vor dem Kriege zurückschrecken würde.

Unter brausendem Beifall hatte Bebel geendet. Das tsche Volk hatte seinen entschlossenen Friedenswillen, seine liche Vaterlandstreue und seine alle Völker umfassende derliche Humanität in dieser Kundgebung seines verehrten hrers vor aller Welt klargelegt. Kein Zweifel und keine ideutigkeit blieb übrig. Es bedurfte keines Wortes mehr. s gesagt werden mußte, war gesagt.

Aber die „kleine Gruppe" — sie war freilich inzwischen zu klein geworden — rückte mit einem Amendement Luxem- g, Heilin, Loch an. Die ganze Kolonial- und Rüstungs- rit sollte in die Resolution Bebel hineingearbeitet werden, gleich ungestümer und heftiger Protest gegen alles und auch gegen friedliche Erwerbungen. Man hätte diskutieren sen, bevor man diese Mischung aus Selbstverständlich- n und Verstiegenheiten annahm. Und der Parteitag ße nicht diskutieren, so wurden die Verbesserungsvorschläge nkt für Punkt von der großen Mehrheit grausam nieder- stimmt. Bebels Resolution aber fand einmütige Annahme.

K. K.

Maifeier — Vorstandswahl.

Die Debatte über die Maifeier-Anträge füllte den größten Teil der Sitzung am Donnerstag nachmittag. Es war weniger eine Debatte über die Maifeier selbst, denn die Art ihrer Veranstaltung ist durch Parteitagsbeschlüsse völlig geregelt, und es gab in diesem Jahre überhaupt keine Anregungen mehr, eine andere Form der Feier herbeizuführen. Im Vordergrund der Erörterungen stand vielmehr jener auf dem Parteitag in Nürnberg gefaßte Beschluß, der den Angestellten und Arbeitern in solchen Betrieben, die die Arbeitsruhe am ersten Mai ohne Lohnausfall gewähren, die Zahlung des Tagesverdienstes in den Maifonds auferlegt.

Genosse Pfannkuch konnte in seinem einleitenden Vortrag der Tatsache Ausdruck geben, daß die Maifeier gute Fortschritte gemacht habe und daß die Unterstützungsfonds, wenn sie auch noch nicht sehr große Mittel umfassen, doch dazu wirken, daß die Unternehmer nicht so leicht zu Maßregelungen greifen, da sie sehen, daß den feiernden Arbeitern ein Rückhalt geboten ist. Der Redner streifte auch die Mißhelligkeiten, die vielfach wegen der Abführung des Tagelohnes eingetreten sind, und er erklärte, daß der Parteivorstand sich in dieser Angelegenheit jeder Einwirkung begeben und die Entscheidung durchaus dem Parteitag überlassen wolle. In der Debatte prallten die zwei verschiedenen Auffassungen, die in dieser Sache bestehen, recht hitzig aufeinander. Die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses wurde lebhaft von den Genossen Lipinski und Simon-Nürnberg vertreten, während die Genossen aus Hamburg und zwei Redner aus Dresden, die Genossen Lehmann und Weiß, ferner mit besonderer Eindringlichkeit Genosse Leinert für die Beibehaltung und Durchführung des Beschlusses das Wort nahmen. Von beiden Seiten wurden sehr beachtenswerte Gründe vorgeführt. Lipinski und Simon betonten die peinlichen Mühsale, die der Beschluß herbeigeführt hat; es sei schwer, fast unmöglich, die zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben der Arbeiterbewegung, die Parteimitglieder sind, zur Zahlung heranzuziehen, und es gehe nicht an, deswegen einen Massenausschluß aus der Partei vorzunehmen. Also sei es besser, den Zahlungszwang aufzuheben und alles auf freiwillige Beiträge zu stellen. Von der anderen Seite aber wurde hervorgehoben, daß das Opfer, das die Angestellten und Arbeiter brächten, doch nur gering sei im Verhältnis zu den viel größeren Opfern und Gefahren, denen die Arbeiter in Privatbetrieben aus Anlaß der Maifeier ausgesetzt sind; die große Masse würde es nicht verstehen, wenn der Parteitag den Nürnberger Beschluß aufheben wollte. Die Abstimmung brachte die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 287 gegen 172 Stimmen.

Der Nürnberger Beschluß bleibt also in vollem Umfange bestehen. Wenn sodann der Parteitag noch, nach erregter Geschäftsordnungsdebatte, den Beschluß hinzufügte, daß gegen Parteimitglieder, die sich weigern, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, das Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet werden soll, so war dieser mit 279 gegen 101 Stimmen gefaßte Beschluß im Grunde eine Ueberflüssigkeit. Denn es versteht sich auch ohne besonderen Beschluß, daß in Zukunft, nachdem der Parteitag ausgiebig über die Frage der Ablieferung des Tagesverdienstes verhandelt und nochmals den früheren Beschluß bestätigt hat, auch die Parteigenossen, die den Beschluß für nicht lobenswert halten, ihn zu befolgen haben, wenn sie nicht mit Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei in Widerspruch geraten wollen. Hie und da wurde auf dem Parteitag die Befürchtung geäußert, daß die entschiedene Durchführung des Nürnberger Beschlusses neue Schwierigkeiten in manchen Parteiorten hervorrufen werde. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich nunmehr jeder Parteigenosse dem Beschluß fügt, damit solche Schwierigkeiten vermieden werden.

Die letzte Stunde der Sitzung brachte eine Erörterung über die Wahl eines neuen zweiten Parteivorsitzenden. Es ist, wie Dietz richtig bemerkt, das erstemal, daß aus Anlaß dieser Wahl überhaupt eine Erörterung herbeigeführt wurde. Parteivorstand und Kontrolleure hatten auf Grund langer Beratungen den Genossen Haase-Königsberg als den rechten Mann in Vorschlag gebracht und eine große Mehrheit des Parteitags — so ließ sich aus den Besprechungen in den Landsmannschaften entnehmen — schloß sich dem Vorschlag an. Andrerseits war auch schon seit Paul Singers Ableben der Genosse Ebert vielfach als geeigneter zweiter Vorsitzender der Partei genannt worden und ein Teil der Delegierten glaubte ihn vor dem Genossen Haase bevorzugen zu müssen. In der Debatte, die sich hierüber entspann, zeigte es sich, daß die Genossen aus Süddeutschland sich für die Wahl des Genossen Haase nicht entschließen mochten, weil er nach ihrer Ansicht auf dem Magdeburger Parteitage, bei dem Streit über die Budgetfrage, zu leidenschaftlich gegen sie Stellung genommen hätte. Genosse Ulrich-Offenbach drückte den Wunsch, an Genossen Ebert festzuhalten — obschon dieser selbst erklärte, daß er auf keinen Fall für diesen Posten kandidiere — dahin aus, daß Ebert besser geeignet sei, die Partei einheitlich zusammenzuhalten. Bebel wies die Befürchtungen gegenüber Haase als unberechtigt zurück, Genosse Haase werde zweifelsohne völlig unparteiisch und in versöhnlicher Weise seine Tätigkeit im Parteivorstand ausüben.

Die Wahl des Genossen Haase mit sehr großer Mehrheit ist außer jedem Zweifel. Die Partei darf in ihn, der sich seit so vielen Jahren als ausgezeichneter Genosse, Anwalt und Parlamentarier bewährt hat, das Vertrauen setzen, daß er in der neuen hervorragenden Stellung zum Wohl der Partei das allerbeste zu vollbringen bestrebt sein wird.

Gr.

Ursachen und Wirkungen der Betriebsunfälle.

ssc. In Zwischenräumen von zehn zu zehn Jahren wird amtlich eine genaue Unfallstatistik aufgenommen. Die letzte betraf die Vorgänge im Jahre 1907. Ihre Ergebnisse werden nach und nach veröffentlicht. Kürzlich wurde der Abschnitt über Ursachen der Unfälle und den Verlauf der Unfallsfolgen bekanntgegeben. Die einschlägigen Angaben sind teils sehr interessant, teils können sie aber auch nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst ist aus der Statistik die bekannte Tatsache zu ersehen, daß sich die Zahl der Unfälle fortgesetzt erheblich vermehrt. Von 1897 auf 1907 vermehrte sich die Zahl der letzten und getöteten Personen in der Gewerbe-, Bau- und Seeunfallversicherung von 45 971 auf 81 248. Das ist fast eine Verdopplung. Die Zahl der Unfälle hiervon an Maschinen vermehrte sich nur von 11 384 auf 19 803. Es wird hier die auch schon durch andere Statistiken festgestellte Erscheinung bestätigt, daß nämlich verhältnismäßig die durch den Maschinenbetrieb hervorgerufenen Unfälle abnehmen, dagegen die bei der Handarbeit usw. entstandenen zunehmen. So vermehrten sich die beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen usw. entstandenen Unfälle von 6324 auf 11 392, durch Fuhrwerk (Ueberfahren, Absturz usw.) verursachten von 2927 auf 5387, durch Handwerkszeug und einfache Geräte erfolgten von 1642 auf 3338 usw. Es bedeutet also auch eine Verminderung der Unfallgefahren, wenn der Handbetrieb durch den Fabrikbetrieb ersetzt wird. Diese Feststellungen lassen die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung immer dringlicher werden.

Die Statistik erstreckt sich auch auf die Feststellung, wer „die Schuld" an den Unfällen trägt. Da sollen von sämtlichen Unfällen im Gewerbe 12,06 Prozent auf die Schuld des Arbeitgebers, 41,26 Prozent auf die Schuld des Arbeiters, 37,65 Prozent auf die allgemeine Betriebsgefahr, 5,94 Prozent auf die Schuld von Mitarbeitern usw. zurückzuführen sein. Diese Angaben können nicht ruhig hingenommen werden. Wenn sie richtig wären, wären doch in annähernd der Hälfte der Fälle die Verletzten selbst „schuld" an dem Unfall. Die Entscheidung der Frage, wer an einem Unfall schuld ist, wird sehr subjektiv getroffen. Verletzt sich ein Arbeiter an einer Maschine, an der eine Schutzvorrichtung fehlt, wird natürlich der Unternehmer sagen, der Arbeiter sei selbst schuld, weil er nicht „aufgepaßt" habe. Verletzt sich ein Arbeiter, der schon 5 bis 6 Stunden hintereinander ununterbrochen gearbeitet hat und ermüdet ist, so wird der Unternehmer auch sagen, der Arbeiter sei ungeschickt gewesen. Weit richtiger ist es aber, dem Unternehmer die Schuld beizumessen, da er die Maschine ohne Schutzeinrichtungen und den Arbeiter ohne Pausen übermäßig lange arbeiten läßt. Nun bedenke man, daß die Statistik von den Berufsgenossenschaften, also den Unternehmern selbst, aufgenommen wird, und man wird es begreiflich finden, daß die Arbeitgeber als die unschuldigsten Menschen erscheinen. Das wird bestätigt, wenn man einen Blick wirft auf die Gelegenheiten, bei denen sich die Unfälle ereigneten. So sollen bei den Unfällen an den Motoren die Arbeitgeber nur in 11,00 Prozent, die Arbeiter aber in 69,94 Prozent der Fälle schuld sein. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung wird jeder Laie erkennen.

Interessant sind die Angaben über den Verlauf der Unfallsfolgen. Sie zeigen, wie die Durchführung der Unfallversicherung für die Verletzten immer ungünstiger geworden ist. Besehen wir die Fälle der „abgeschlossenen Beurteilung", wie sie sich also einige Jahre nach dem Ereignis darstellen, so zeigt sich, daß im Jahre 1887 von 100 Verletzten 19,49 tot, 3,11 völlig und 46,98 teilweise dauernd und 30,41 vorübergehend erwerbsunfähig waren. Für das Jahr 1907 ergeben sich nur 8,29 Tote, 0,59 völlig und 33,06 teilweise dauernd Erwerbsunfähige, dagegen 58,06 vorübergehend Erwerbsunfähige. Unter der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit ist immerhin eine solche zu verstehen, die länger als 13 Wochen währt, weil ja erst dann die Unfallversicherung eingreift. Es wäre ein Trugschluß, aus den Zahlen entnehmen zu wollen, daß die Schwere der Unfälle sich gemildert hätte. Sie sind vielmehr der ziffernmäßige Beweis dafür, daß die Abschätzung der Erwerbsunfähigkeit immer ungünstiger für die Verletzten geworden ist. Und wenn nach den Zahlen die Todesfälle sich vermindert haben, so ist das zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr der Tod nur dann als eine Unfallsfolge angesehen wird, wenn der Verletzte tot an der Unfallstelle liegen bleibt. Verstirbt er erst später, so findet man tausenderlei Gründe für die Behauptung, daß der Tod infolge anderer Umstände eingetreten ist.

Wenn der Verfall der Unfallversicherung in dem seitherigen Tempo fortschreitet, wird bald nichts mehr von ihr übrig bleiben!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110915/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG